

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit Illustr., Beilage Volk und Zeit für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1.80 Mark. — Durch die Post 2.- Mark ohne Beklebung. — Einzelnummer 10 Pfg. — Telefon Sammelnummer 72208
Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 722 6. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 72 01

Inseratenpreise: Die 10gealt. Kolonelle 30 G. Pfg., bei Vorkauf 25 G. Pfg. Familiennachrichten von Privatpersonen die 10gealt. Kolonelle 15 G. Pfg., Reklame 1.50 Goldm., Inerate o. ausw. die 10gealt. Kolonelle 35 G. Pfg., bei Vorkauf 30 G. Pfg., Reklame 1.75 Goldm., Annahme bis 9 Uhr vorm.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Der deutsch-rumänische Konflikt.

Verständigungswille in Bukarest.

SPD. Bukarest, 27. Februar. (Radio).

Im Auswärtigen Ausschuss der rumänischen Kammer kam Außenminister Duca auch auf den deutsch-rumänischen Konflikt der jüngsten Zeit zu sprechen, und zwar in Ausführungen, die deutlich den Willen der rumänischen Regierung, einzulassen, dartun. Er stellt fest, daß Rumänien nicht unbedingt auf der Anwendung wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen gegenüber Deutschland beharre. Die rumänische Regierung wünsche weder politische noch wirtschaftliche Konflikte mit Deutschland. Sie wünsche lediglich die Anerkennung ihres guten Rechts. Um das zu erreichen, sei Rumänien bereit, mit Deutschland in Verhandlungen zu treten, wenn dieses einen Weg zeige, der den Ansprüchen Rumäniens gerecht wird.

Pressereferenten gegenüber erklärte Außenminister Duca noch einmal ausdrücklich, daß alle die Meldungen über Repressalien von der rumänischen Regierung gegenüber Deutschland unrichtig seien. Die rumänische Regierung erkläre sich offiziell bereit, sogar unter Herabsetzung der rumänischen Ansprüche in eine Aussprache mit Deutschland einzutreten.

Zu dieser Erklärung wird von maßgebender Stelle in Berlin mitgeteilt, der darin ausgedrückte Verständigungswille habe in Berlin einen glänzenden Eindruck gemacht. Wenn die Erklärung tatsächlich die in Bukarest maßgebenden Stellen herrschende Auffassung wiedergibt, so würde damit die Hoffnung gerechtfertigt werden, daß eine Beilegung des Konflikts im Bereiche der Möglichkeit liegt. Die Frage der Banca Generala-Roten kann nur innerhalb des Dawesplans gelöst werden. Zu einer solchen Regelung ist die deutsche Regierung bereit. In dem Bestreben, einen Ausweg zu einer gütlichen Regelung zu finden, hat die deutsche Regierung die Angelegenheit der Reparationskommission übergeben. Man hat in Berlin die Hoffnung, daß man in Bukarest dieser Prüfung nicht durch Zwangsmaßnahmen, die eine gütliche Beilegung verhindern würden, vorgreifen wird.

Frankreich will einen Garantiepakt.

Keine Räumung ohne Garantien.

SPD. Paris, 27. Februar. (Radio).

Die Verhandlungen zwischen den Kabinetten der Entente haben bisher noch immer zu keinem positiven Ergebnis geführt, da die französische Regierung sich weigert, für die von England gewünschte interalliierte Konferenz irgendwelche verbindende Zusagen zu geben, bevor sie von dem Gutachten des Militärkomitees von Versailles Kenntnis erhalten habe. „Frankreich kann sich unter keinen Umständen auf irgendein Konferenzprogramm festlegen lassen“, schreibt am Freitag morgen der Matin, „solange es nicht in der Lage ist, sich über den Bericht der Militärkontrollkommission und über seine Tragweite auf Grund des Gutachtens des Versailles Komitees ein endgültiges Urteil zu bilden.“ Was diese französische Verschleppung bezweckt, wird deutlich, wenn das Blatt fortfährt, die französische Regierung habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, das durch den Widerstand der englischen Dominionen durchlöcherter Genfer Protokoll durch einen „regionalen Garantiepakt“ ersetzt zu sehen. Wenn die Verhandlungen darüber auch unabhängig von der Entscheidung über die Dauer der Besetzung von Köln seien, so ist doch außer Zweifel, daß, wenn Deutschland in der Zwischenzeit Beweise seines guten Willens gegenüber allen kleinen Nachbarn ohne Ausnahme und ohne Unterschied gebe, die Verhandlungen über die Räumung sich in einer weniger gespannten Atmosphäre abwickeln könnten. Die französische Politik werde unter allen Umständen konsequent bleiben. Für Frankreich komme eine Abklärung nicht in Frage, solange seine Sicherheit nicht garantiert sei. Und unter Abklärung sei dabei nicht nur die Vermittlung seiner Streitkräfte zu Wasser und zu Lande, sondern auch eine Verringerung der Garantie zu verstehen, die Frankreich augenblicklich durch die Besetzung des Rheinlandes gebe.

Um das deutsch-französische Wirtschaftsprovisorium.

Gewährung einer Meistbegünstigung.

SPD. Paris, 27. Februar. (Radio).

Staatssekretär Dr. Trendelenburg hat dem französischen Handelsminister am Donnerstagmittag in einer Unterredung, die knapp eine halbe Stunde dauerte, eine neue, sieben Seiten lange Note überreicht, in der nach einem kurzen Rückblick auf den bisherigen Gang der Verhandlungen die Grundzüge festgelegt worden sind, über die sich die beiden Handelsvertragsdelegationen geeinigt haben. Mündlich bestätigte Staatssekretär Trendelenburg dem französischen Handelsminister, daß die deutsche Regierung bereit sei, die in der Note festgelegten Grundlinien zur Grundlage für ein vorläufiges Abkommen zu nehmen, wenn die französische Regierung sich gleichfalls mit diesen Grundlinien einverstanden erklärt. Die Hauptbedingung ist, daß die französische Regierung sich im vorläufigen Handelsabkommen für den endgültigen Handelsvertrag verpflichtet. Deutschland von einem bestimmten Zeitpunkt ab die tarifmäßige Meistbegünstigung zu gewähren.

Dieser Zeitpunkt soll noch näher festgelegt werden. Er soll mit dem Ablauf des auf 9 Monate vorgesehene vorläufigen Abkommen zusammenfallen. Der französische Handelsminister Rainaldi wird die deutschen Vorschläge am Freitag der französischen Regierung unterbreiten. Für Sonnabendnachmittag ist eine neue Unterredung zwischen den beteiligten Delegationsführern vorgesehen. Man hofft, daß auch Frankreich entgegenkommen wird, und daß es zu einer endgültigen Einigung kommt, so daß am 16. März, wie geplant, die Verhandlungen über die einzelnen Zollverhandlungen aufgenommen und dann rasch zu Ende geführt werden können.

Staatssekretär Trendelenburg beabsichtigt, sich mit der deutschen Delegation nach Berlin zu begeben, um dort in enger Fühlung mit der Regierung die Vorbereitungen für die endgültigen Verhandlungen zu treffen. In den Verhandlungen nach dem 16. März sollen die Einzelheiten des vorläufigen Vertrags, dessen Grundlinien nunmehr feststehen, ausgearbeitet werden. Umstritten sind dabei vor allem noch die Posten Eisen, Wein und Baumwolle.

Die jetzt erzielte grundsätzliche Einigung wird in unterrichteten Kreisen als ein gutes Kompromiß der beiden Auffassungen bezeichnet. Dem auf die Dauer von 9 Monaten vorgesehene Abkommen soll später ein kurzer Uebergangszustand folgen, ehe der endgültige Handelsvertrag in Kraft tritt. Im vorläufigen Abkommen und für die Uebergangszeit erklärt sich Deutschland mit einer beschränkten unterschiedlichen Behandlung gewisser deutscher Waren einverstanden, die es allerdings seinerseits auf gewisse französische Waren anwenden wird. Es ist vorgezogen, daß Deutschland das vorläufige Abkommen innerhalb 2 Monaten kündigen kann, wenn Frankreich durch ein neues Zollsystem die Deutschland ausgeführte Weischedelung hinaufsetzt. Für gewisse einkaufsfähige Waren sind beschränkte Vergünstigungen vorgezogen.

Wir berichteten kürzlich über die Aushaltung der Gewerkschaften von den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. Zum erstenmal scheint sich nun das Auswärtige Amt dazu bequemen zu wollen, die Vertreter der Arbeiterschaft zu den Verhandlungen doch hinzuzuziehen. Der SPD-Radiodienst meldet:

Zu den bevorstehenden Handelsvertragsabkommen zwischen Deutschland und Polen werden neben den Vertretern des Handels und der Wirtschaft zum erstenmal auch Gewerkschaftsvertreter als ständige Ausschüsse hinzugezogen werden.

Eberls Krankheitszustand.

Anlässlich der während der Nacht eingetretenen Verschlimmerung im Befinden des Reichspräsidenten, wurde, wie die B. Z. mitteilt, Frau Ebert und ihre Kinder in das Waisenhospital gerufen, wo sie einen Teil der Nacht am Krankenlager verbrachten.

Berlin, 26. Februar.

Am 11. wurde gegen Abend mitgeteilt: Das Befinden des Reichspräsidenten hat sich im Laufe des Donnerstags wesentlich gebessert; der Zustand ist aber immerhin noch als ernst zu bezeichnen.

SPD. Die Sitzung, die der Reichsrat am Donnerstag abhielt, eröffnete der deutsch-nationale Reichsminister des Innern, Schiele, mit folgenden Worten: „Seit einigen Tagen bewegen uns alle ernste Nachrichten über die Erkrankung des Herrn Reichspräsidenten (die Mitglieder des Reichsrats erheben sich). Der Herr Reichspräsident hat sich einer schweren Blinddarmentzündung unterziehen müssen. Während der ersten Tage günstige Nachrichten bringen konnten, ist doch inzwischen eine Komplikation eingetreten, die uns ernste Besorgnisse nahelegt. Ich habe soeben auf eine Anfrage die Mitteilung bekommen, daß die Krisis noch nicht überwunden ist. Ich fühle mich mit Ihnen eins in dem Ausbruch aufrichtiger Teilnahme und in dem Wunsche, daß der Herr Reichspräsident die Krisis überleben und recht bald wieder der vollen Gesundheit entgegengeführt werden möchte. Ich bitte mich zu beantragen, dies dem Herrn Reichspräsidenten persönlich zum Ausdruck zu bringen.“

Der Magistrat von Berlin hat an Frau Ebert folgenden Telegramm gerichtet: „Mit aufrichtiger Teilnahme verfolgt die Reichshauptstadt Berlin die schwere Erkrankung des Herrn Reichspräsidenten und spricht ihre herzlichsten Wünsche für baldige Besserung und Genesung aus.“

In Vertretung des Reichspräsidenten.

SPD. Berlin, 27. März. (Radio).

Als Vertreter des Reichspräsidenten hat Reichskanzler Dr. Luther am Donnerstag den bisherigen belgischen außerordentlichen Gesandten in Berlin zur Entgegennahme seines Abschiedsbesuchs empfangen.

Ehrung des toten Branding.

Der Saarverein hat an die Witwe Branding ein längeres Telegramm geschickt, in dem er der tiefen Dankbarkeit der Saarbevölkerung für den Kämpfer um ihr Recht, den Schweden Branding, bewegten Ausdruck gibt. So urteilt die Bevölkerung des Saargebietes über Brandings Wirken im Völkerrundrat, während die Zeit, das Organ Stresemanns, Branding für die Entscheidung des Völkerrundrats über Oberschlesien verantwortlich macht, obwohl sie wissen mußte, daß damals Schweden und somit auch Branding dem Völkerrundrat nicht angehört haben.

Die Situation in Oesterreich.

Auf dem Wege zur Erschütterung des bürgerlichen Regimes. Von Dr. Otto Leichter, Wien.

Immer deutlicher zeigt es sich, daß die Genfer Sanierungsaktion, die trotz Seipels heuchlerischer Devise „Staatspolitik, nicht Parteipolitik“ vor allem versucht wurde, um die Macht der österreichischen Sozialdemokratie zu brechen, mit einer dauernden Erschütterung des bürgerlichen Regimes in Oesterreich enden muß. Je länger die Sanierung mit ihrem ungeheuren Druck in politischer und wirtschaftlicher Beziehung dauert, je mehr die Volkswirtschaft unter der Sanierung des Staatshaushaltes leidet — der einzige Gesichtspunkt der Genfer Sanierer war die Staats- und nicht die Volkswirtschaft —, je mehr die Arbeitslosigkeit unter dem erzwungenen Stillstand jeder staatlichen Investitionstätigkeit wächst, desto mehr werden auch den ursprünglichen bürgerlichen Anbetern Seipels und seiner Sanierung die Augen über das Genfer Machtwort geöffnet.

So wie alle früheren Tagungen des Finanzkomitees des Völkerbundes oder seines Rates der österreichischen Bevölkerung eine schwere Enttäuschung gebracht haben, so auch dessen letzte Tagung, zu der der österreichische Finanzminister mit einer Menge von Fachreferenten gefahren ist, um dort gewisse Erleichterungen der Kontrolle dadurch zu erzielen, daß der Völkerbund uns gestattet, auf Grund höherer Staatseinnahmen höhere Staatsausgaben zu machen. Das ist uns bisher niemals gestattet worden, weil in den ursprünglichen Genfer Protokollen ein Höchstbetrag festgesetzt war, auf dem wir das Gleichgewicht im Staatshaushalt herstellen müssen. Darüber hinaus wünscht man in Oesterreich, daß endlich die erste Sanierungsperiode für beendet erklärt wird, damit die unangenehmste Form der Kontrolle durch den in Wien sitzenden und kontrollierenden Generalkommissar des Völkerbundes endet. Sowie schon im vorigen September alle derartigen Wünsche, die vom damaligen Bundeskanzler Seipel vorgebracht wurden, glatt abgeschlagen wurden, ebenso hat diesmal das Finanzkomitee nicht nur alle Wünsche unberücksichtigt gelassen, sondern uns in einer ganzen Reihe von Fragen, in denen wir uns nicht ganz willfährig gezeigt haben, sein allerhöchstes Mißfallen und seinen scharfen Tadel ausgesprochen, wie man ihn nicht scharfer einem afrikanischen Kolonialstaat aussprechen würde.

Die österreichische Regierung hat den Tadelzettel ruhig eingestekt und die österreichischen Mehrheitsparteien haben einen Antrag der Sozialdemokraten abgelehnt, der der Anfang eines etwas mannhafteren Verhaltens des österreichischen Parlaments gegen den Völkerbund hätte sein können. Aber unter der Maske des bereits, wie schon der Sturz Seipels und Kleinböcks, der allgetreuesten Genfer Apostel gezeigt hat, und die Gefahren haben seit dem Antritt der nach innen und außen gleich schwachen und programmlosen Regierung Kamef nur zugenommen. Diese Regierung, die in einer Revokation der christlich-sozialen Landesregierungsmitglieder gegen die christlich-soziale Regierung in Wien und gegen ihre zentralistischen Absichten zustande gekommen ist, kann auch den weitgehenden föderalistischen Wünschen der Länder nicht entgegenkommen und dort, wo die christlich-soziale Regierung in Wien mit ihren „Freunden“ in den Ländern auf Grund irgendwelcher Parteipakete in einer Einigung kommen könnte, dort wird diese hohe Eintracht des christlich-sozialen Zentralismus durch das rote Wien, das auch ein eigenes Bundesland und noch dazu das größte und budgetmäßig aktivste ist, beeinträchtigt.

Und in diesem zweiten Zwiespalt der Regierung Kamef, die aus Ländervertretern zusammengesetzt ist und zugleich in der letzten Zeit zentralistische Mäuren zeigt, liegt der zweite Bankrott der bürgerlichen Politik in Oesterreich seit dem Ansturz. Noch vor der Sanierung mit Hilfe des internationalen Finanzkapitals, in der Zeit unmittelbar nach der Revolution, war es der Königsgedanke der Christlich-Sozialen, aus der kleinen österreichischen Republik, die kleiner als die größeren deutschen Einzelstaaten ist, einen Bundesstaat zu machen und damit Ländergebilde zu schaffen, gegen die manche Duodezürstentümer des kaiserlichen Deutschland noch beträchtliche Gebilde gewesen sind. Warum diese föderalistischen Spielereien? Weil man damit das rote Wien, den „Wasserkopf“ in einem so kleingewordenen Staat isolieren wollte. Gewiß, das Wien in dem Zustand, wie ihn die Sozialdemokraten nach der jahrelangen christlich-sozialen Verwaltung übernommen haben, war eine wirtschaftliche Belastung, noch dazu in einer Zeit, in der man infolge des wirtschaftlichen Nationalismus der einzelnen Nationalstaaten Wien als Umschlagplatz, als Zentralpunkt des Handels und des Geldverkehrs zu meiden suchte. Dazu war Wien für die Christlich-Sozialen das rote Wien, das Wien der Arbeiterräte, gegen das man sich in den reaktionären Ländern mit allen Mitteln abzuschließen versuchte. Hatte man Wien isoliert, es seines Einflusses, den es infolge seiner Bevölkerungszahl auf das Schicksal des Gesamtstaates haben mußte, beraubt, dann hätte man auch die So.